

Leitantrag des Diözesanverbands Augsburg für die Jahr 2021 bis 2025



Sehen: Es wird zunehmend kälter in Deutschland...

Während die obersten zehn Prozent mittlerweile fast 64% des Gesamtvermögens in Deutschland besitzen, besitzt die untere Hälfte gerade einmal 2,5% dieses Vermögens. **Die Reichen werden reicher, die Armen dagegen zahlreicher** – die Armut verfestigt sich. Die Wahrscheinlichkeit, nach fünf Jahren weiterhin arm zu sein, ist seit Ende der 1980er Jahre von 40% auf 70% gestiegen. Laut statistischem Bundesamt liegt die Armutsgefährdungsgrenze für einen Einzelhaushalt bei 1.328 € und für Familie mit 2 Kindern unter 18 Jahren bei 2.789 €. Die Tatsache, dass die gesellschaftliche Mitte schwindet, führt zu einer **Spaltung unserer Gesellschaft**.

Der enorme Einsatz von Kurzarbeit während der Corona-Pandemie war entscheidend dafür verantwortlich, dass trotz des gewaltigen wirtschaftlichen Einbruchs die deutsche Arbeitslosenquote nur moderat gestiegen ist. Auch dass die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I verlängert wurde, hat zur **erfolgreichen Krisenbewältigung** beigetragen. **Allerdings griffen diese Instrumente nicht für prekär Beschäftigte** wie Minijobber oder Soloselbständige. Geringverdienende brachte das Kurzarbeitergeld – das in Betrieben ohne Tarifvertrag zudem seltener aufgestockt wurde – vielfach in eine finanzielle Notlage.

Die Pandemie hat daher nicht – wie oft behauptet – als großer Gleichmacher gewirkt. Prekäre Arbeitsverhältnisse bewirken auch eine **Prekarisierung der Lebensverhältnisse**: **Prekarierte** Menschen sind nicht nur einkommensarm, sie leben auch in beengten Wohnverhältnissen, was Einfluss auf ihren Gesundheitszustand hat. Sie sind besonders auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Sie brauchen immer häufiger mehrere Jobs, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Sie waren in Zeiten des Lockdowns vielfach nicht in der Lage, ihren Kindern die notwendige digitale Infrastruktur zur Teilnahme am virtuellen Schulunterricht bereitzustellen. Sie haben nicht die Möglichkeit, langfristige Perspektiven zu entwickeln und in die Zukunft zu planen.

Gerade diese Menschen sind angewiesen auf eine **funktionierende öffentliche Infrastruktur, die ihre prekäre Situation abfedert**. Diese Infrastruktur wird aber immer mehr privatisiert oder bricht überhaupt weg. **Öffentliche Armut und privater Reichtum sind die Kehrseiten ein und derselben Medaille**. Mit dem Argument „leerer Kassen“ kommt es zur Übernahme der öffentlichen Daseinsvorsorge durch private Unternehmen, die gerade nicht das Gemeinwohl, sondern den individuellen Profit im Sinn haben. Bereiche wie die Pflege- und Gesundheitsversorgung, die nicht gewinnorientiert funktionieren können, werden einem Rationalisierungsdruck unterworfen, der die Beschäftigten krank macht und der Sorgetätigkeit ihren Sinn und Zweck nimmt.

Wozu dies führen kann, hat sich in der Corona-Pandemie mustergültig gezeigt: In Zeiten gesamtgesellschaftlicher Not wurden Maskenbeschaffung, Testangebote oder Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld seitens der Unternehmen zu **Quellen privater Bereicherung**. Obwohl das moralisch verwerflich wirkt, entspricht es der Logik der Marktwirtschaft, in der Moral oder Ethik eben keine

Bedeutung haben. Nach Meinung des Vordenkers der Marktwirtschaft Adam Smith entstehe das Gemeinwohl gerade aus der Verfolgung des Eigennutzes der jedes Individuums: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen.“

Urteilen: Bei Euch soll es nicht so sein...

Diese Haltung widerspricht dem Menschenbild der Katholischen Soziallehre. In ihr hat das **Gemeinwohl** elementare Bedeutung. Als Gemeinwohl wird hier verstanden, dass **dem gesellschaftlichen Miteinander ein höherer Wert einzuräumen als dem individuellen Vorteil**. Denn auf lange Sicht profitieren alle davon, wenn sich jeder am Gemeinwohl orientiert.

Das Werteverständnis der **Katholischen Soziallehre widerspricht auch dem gängigen Ideal unserer Leistungsgesellschaft**, nach dem der Wert eines Menschen ausschließlich über seine Leistung definiert wird. Dies führt dazu, dass alle, die dem Druck nicht standhalten und die **gesellschaftlich geforderte Leistung nicht bringen können oder wollen, stigmatisiert und entwertet werden**. Erwerbslose erleiden den Verlust gesellschaftlichen Ansehens und Menschen, die staatliche Leistungen beziehen, werden mit beschämenden Disziplinierungsmechanismen unter Generalverdacht gestellt.

In zahlreichen Dokumenten der Sozialverkündigung spiegelt sich die Botschaft des Evangeliums wider, dass **jeder Mensch an sich von besonderem Wert** ist. Der Wert des Menschen bemisst sich gerade nicht an der Leistung, sondern er ist unveräußerlich mit dem Menschsein an sich verbunden. Um es mit Kardinal Cardijn zu sagen: „**Jeder Arbeiter ist mehr wert als alles Gold der Erde**“ – nicht, weil er arbeitet, sondern weil er Kind Gottes ist. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, die in ihm wohnenden Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln und zu leben. Diese **Fähigkeit zur Selbstentfaltung findet in ökonomisierten Lebensbereichen keinen Platz** und wird so vernachlässigt und verstümmelt. Das zeigt sich vor allem im Bildungssystem, das auf Wettbewerb und Ausschluss aufgebaut ist. Bildung ist aber nicht nur dazu da, um Menschen beschäftigungsfähig zu machen. **Bildung ist für den Menschen da**: Sie hat auch die Aufgabe, soziale Kompetenzen zu vermitteln und die Selbstentwicklung des Einzelnen im Sinne eines gelingenden Lebens zu fördern.

Wettbewerb und Konkurrenz sind folgerichtig keine Kriterien zur Weiterentwicklung einer christlichen Ethik, **Kooperation und Zusammenarbeit** sollten an deren Stelle treten. All das, was im Privaten einen „guten Menschen“ ausmacht, ist **im wirtschaftlichen – und oft auch im politischen – Leben nachrangig**: Hilfsbereitschaft, Unterstützung und Solidarität. Menschen haben verinnerlicht, in der jeweiligen Lebenswelt nach unterschiedlichen Maßstäben zu handeln. **Im christlichen Menschenbild heißt „Mensch sein“ Mit-Mensch sein**. Daher **fordern wir eine Gesellschaft, in der Menschen nicht ständig mit anderen konkurrieren und andere nicht auf ihren wirtschaftlichen „Nutzen“ reduzieren müssen** – kurz, in der mit-menschliche Werte gelebt werden können.

Handeln: Wenn wir nur ernst machen würden...

UmCare bedeutet für uns: Jeder Mensch hat unabhängig von seiner Leistung ein Recht auf eine **menschwürdige Mindestabsicherung**, die vor Armut schützt und Teilhabe am Leben der Gemeinschaft ermöglicht. Ein **garantiertes Grundeinkommen** darf jedoch kein Argument für die Ausweitung des Niedriglohnssektors sein, sondern muss mit einer deutlichen **Anhebung des Mindestlohns** einhergehen. Dieses Instrument dient auch einem **armutsfesten Alterseinkommen**.

UmCare bedeutet für uns: eine **deutliche Aufwertung aller Tätigkeitsbereiche** des Menschen, verbunden mit einer **wirklichen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit**. Denn **Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit**, sie umfasst im Verständnis der KAB auch andere gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten wie Familienarbeit und politisches bzw. ehrenamtliches Engagement. Eine Beteiligung aller daran ist ohne eine Verringerung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeitszeit nicht möglich. Arbeit im Sinne der Katholischen Soziallehre bedeutet **Teilhabe am Schöpfungsgottes**, die durch den Zwang der Leistungsgesellschaft verraten wird. Eine allgemeine Verkürzung der Vollerwerbstätigkeit hat zur Folge, dass das allgemeine Leistungsmaß gesenkt wird und niemand einen Wettbewerbsnachteil hat. Nur so ist ein vollkommen neues Lebensmodell möglich.

UmCare bedeutet für uns: eine qualitätsvollen **Daseinsvorsorge, für die der Staat und eben nicht der Markt Verantwortung trägt** und die er **im öffentlichen Interesse zu gewährleisten** hat. Der Staat muss die Voraussetzungen dafür bereitstellen, dass jeder Mensch sein Recht auf soziale, politische und kulturelle Teilhabe verwirklichen kann. Nur wirtschaftlich Starke können (und wollen) sich einen schwachen Staat leisten. **Ein starker Staat ist kein Selbstzweck der Regierenden, sondern ein Freiheitselement für die Regierten**.

UmCare bedeutet für uns: zur Bewältigung der Kosten aus der Pandemie müssen stärkere Schultern herangezogen werden. Wenn selbst die Pandemie die Spaltung verschärft hat, müssen **Vermögende stärker zur Finanzierung der Daseinsvorsorge herangezogen** werden.

UmCare bedeutet für uns: eine **Rückeroberung des öffentlichen Raums** für das gesellschaftliche Miteinander. Lebendige Demokratie braucht **Räume der Begegnung**, in denen unterschiedliche Menschen sich begegnen können und soziale Durchmischung stattfindet. Gerade die ersten Öffnungen nach dem Lockdown und der Wunsch der jungen Leute nach Begegnung haben gezeigt, dass öffentliche Räume notwendig sind. Wo diese Räume fehlen, müssen sich Menschen ins Private zurückziehen – **individuelle Einsamkeit und soziale Polarisierung** sind die Folgen. Soziale und kulturelle Infrastrukturen **müssen sich nicht betriebswirtschaftlich „rechnen“, sie sind von den Kommunen unter Einbindung der Bürger:innen bereitzustellen, die am besten um ihre Bedürfnisse wissen**. Der Ruf nach flächendeckenden Sonntagsöffnungen ist zu verstehen als weitere Ökonomisierung des Öffentlichen Raums.

UmCare bedeutet für uns zuletzt: den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Daher fordern wir eine **Gesellschaft, die Kooperation vor Wettbewerb und Konkurrenz stellt**. Dafür braucht es auch eine **UmCare in den Köpfen** und ein „Verlernen“ eingeübter Denkmuster. Wir sehen es als KAB es als unsere Verantwortung, die relevanten gesellschaftlichen Akteure in Politik, Medien, Bildung usw. sowie die Bürgerinnen und Bürger selbst dabei zu unterstützen, ihre Verstrickung in herrschende Weltbilder aufzulösen und das **(Mit-)Mensch-Sein vor ökonomische Belange** zu stellen.

Einstimmig verabschiedet beim Diözesanrat am 23.10.2021